

# Posener Zeitung.

Nennt siebzigerster Jahrgang.

Nr. 461.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 5. Juli  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen  
Annahme-Bureau  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.  
Hamburg, Leipzig, München  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Harde & Co.  
Haasenstein & Sohn,  
Adolph Rose.

In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Involution.“

1876.

Insetta 20 Pf. die schlesische Zeitung oder deren  
Kamm, Reklamen berücksichtigt zu haben. Diese  
Zeitung zu senden und werden für die im folgenden  
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr  
nachmittags abgenommen.

## Amtliches.

Berlin, 4. Juli. Der Kaiser und König hat den seith. königlich preuß. Mediz.-Rath Prof. Dr. Finkelnburg in Bonn zum kaiserlichen Geh. Rath, mit Mitgliede des Gesundheits-Amtes mit dem Range eines Raths 3. Klasse ernannt.

Der König hat dem Oberberpktor Diederichs bei der Finanz-Direktion zu Hannover den Charakter als Steuer-Rath; sowie dem Provinzial-Steuer-Sekretär Bolster zu Magdeburg den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 4. Juli. Nach dem gestern hierher gemeldeten Reiseprogramm wollte der Kaiser sich Mittwoch den 5. nach Koblenz begeben, dort den 6. und 7. verweilen und am 8. über Bingerbrück und Frankfurt nach Homburg gehen. Heute eingetroffenen Nachrichten zufolge wird jedoch die Abreise von Ems erst am 6. erfolgen und demgemäß die nachfolgenden Termine wohl gleichfalls um einen Tag verschoben werden. Die Weiterreise von Homburg nach Baden-Baden ist auf den 11. festgesetzt; am 12. geht der Kaiser den bisherigen Bestimmungen zufolge, nach der Insel Mainau, am 19. über Rosenheim bis Salzburg, von wo am 20. der Abstecher nach Ischl gemacht werden soll, am 21. nach Salzburg zurück und sodann am 22. nach Gastein. Die Abreise von dort soll am 12. August erfolgen. — Über das Befinden des Fürsten Bismarck werden von einzelnen Korrespondenten, besonders in ultramontanen Blättern, ungünstige Nachrichten verbreitet. Dieselben stehen glücklicher Weise im entchiedenen Widerspruch mit den zuverlässigen Nachrichten aus Kissingen, welche ein günstiges Befinden und einen hoffnungsvollen Fortgang der Kur befunden. Was den angeblichen regen Geschäftswerkehr unseres auswärtigen Amtes mit Kissingen betrifft, so beruht auch diese Mittheilung auf Irrthum, da der Fürst nach wie vor sich der Theilnahme an Geschäften vollständig enthalt!

— Bekanntlich wurde neulich in der „Post“ behauptet, der Direktor des Antiquariums der königlichen Museen, Professor Curtius, habe ohne Vorwissen des Generaldirektors, Grafen von Usedom, eine Sammlung von Alterthümern in Italien angekauft. Um neuesten „Staatsanze“ erklärt nun die Generalverwaltung der königl. Museen, daß diese gegen den Direktor Curtius erhobene Beschuldigung eines eigenmächtigen Ankaufs der Begründung entbehrt. „Der Anlauf, um welchen es sich anscheinend handelt, hat vielmehr unter Mitwirkung aller statutenmäßigen Instanzen, namentlich auch der zum Beirath der Generalversammlung in technischen Fragen eingesetzten Kommission, stattgefunden.“

— Wie man hört, soll Prof. Neuleaux auch an das Staatsministerium einen Bericht über die deutsche Ausstellung in Philadelphia eingesandt haben, in welchem er dieselbe offene Kritik übt wie in seinem von uns nach der „Nat-Ztg.“ veröffentlichten Artikel.

— Der Direktor des Reichsgesundheitsamts, Herr Dr. Struck, weist gegenwärtig in Frankfurt a. M. zum Zweck einer Konferenz mit dem Mitgliede des Medizinal-Kollegs für die Rheinprovinz, Medizinalrath Dr. Finkelnburg aus Bonn. Der jetztgenannte Herr hat, wie die neue „Frankf. Presse“ erfährt, schon seit mehreren Wochen sich zur Uebernahme der Rathsstelle im Gesundheitsamte bedingungslos bereit erklärt und ist dessen offizielle Ernennung durch den Kaiser täglich zu erwarten. Auch die Besetzung der zweiten Rathsstelle durch eine akademische Kraft ist gesichert und schwelen nur noch Unterhandlungen bezüglich der Höhe der Gehaltsbezüge. (Vgl. Amtliches.)

— Heute früh (3. d.) starb hier nach langem Leiden im 77. Jahre Herr von Westphalen, einst Minister des Innern im Ministerium Manteuffel.

— Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann hat bekanntlich die Sonntagsarbeit in den ihm unterstehenden Bureaux aufgehoben. Der „Wes-Ztg.“ wird darüber geschrieben:

Im Gegensatz zu dem in allen übrigen Landes- und Reichsverwaltungen herrschenden Gebrauch war es bisher im Reichskanzleramt die Regel, daß sämtliche Beamten, von Direktoren und vortragenden Räthen bis zu den Kanzleibeamten und Dienern herab, an Sonn- und Feiertagen ganz wie an den Werktagen auf ihren Büreau erschienen und ihren Arbeiten oblagen. Es ging das so weit, daß selbst bei der Festsetzung der Sitzung der Ausschüsse und des Plenums des Bundesrats auf Sonn- und Feiertage gar keine Rücksicht genommen wurde. Es ist ja selbstverständlich, daß der Sonntag in keinem Recht für die Erledigung dringender Angelegenheiten sein darf und deshalb war es ganz unbedingt, wenn die „Kreuzzeitung“ oder irgend eine andere frömme Stimme sich über die Entheiligung des Sonntags durch Sitzungen des Bundesrates aufhielten, da für diese während der Reichstagssession in vielen Fällen gar kein anderer Tag frei blieb. Ist es doch auch noch Niemanden eingefallen, sich darüber zu verwundern, daß die Räthe des Auswärtigen Amtes auch Sonntags die laufenden Angelegenheiten erledigen. In allen Rechtsräten aber, wo es das Staatsinteresse nicht erfordert, ist die obligatorische Sonntagsarbeit ein Missbrauch. Dieser Missbrauch lediglich aus Rücksichten der Humanität zu befeitigen, hat der neue Präsident des Reichskanzleramtes sich angelegen sein lassen und zwar — was charakteristisch genug ist — ohne Gefahr zu laufen, Pietistischer Neigungen verdächtig zu werden.

— Das Gesetz, welches die preuß. Regierung ermächtigt, mit dem Reiche in Unterhandlungen wegen Ueberlassung der preuß. Staatsbahnen u. s. w. einzutreten, ist schon seit einiger Zeit publizirt und in Kraft getreten, ohne daß auch nur ein einziges Symptom hervorgetreten wäre, welches von der Absicht der preuß. bzw. Reichsregierung Zeugnis ablegte, von jener Ermächtigung Gebrauch zu machen. Im Gegenteil scheint der längere Urlaub, den Herr Camphausen angetreten hat, für die Wahrscheinlichkeit einer dilatorischen Behandlung des Eisenbahnprojektes zu sprechen. Die eingehende publizistische Er-

örterung der Eisenbahnfrage ist dadurch natürlich nicht überflüssig geworden. Als neuester Beitrag ist die Fortsetzung der Enquête über die Reichseisenbahnfrage von Dr. O. Böhmert zu verzeichnen, über den ein Correspondent folgendes äußert:

Herr Dr. Böhmert ist bekanntlich von der ständigen Deputation des volkswirtschaftlichen Kongresses das Referat gegen den Ankauf der deutschen Eisenbahnen durch das Reich, mit anderen Worten eine Rolle wie die des advocatus Diaboli bei Heilsprechungen seitens des römischen Stuhls übertragen worden. Herr Böhmert verurtheilt das Reichseisenbahnprojekt, indem er die Heilhaftigkeit und Notwendigkeit der Konkurrenz der Privatbahnen mit den Staatsbahnen nachzuweisen versucht, und verbindet mit den heftigsten Angriffen gegen den Fürsten Bismarck das Lob der Herren Camphausen und Delbrück, weil sie der vollen Befestigung jener Konkurrenz widerstreben. Auffallender Weise hat Dr. Böhmert sich darauf beschränkt, die Gegenstände des Lobes und des Tadels ausschließlich außerhalb der Grenzen desjenigen Bundesstaates zu suchen, dem er selbst angehört. Herr Dr. Böhmert ist Direktor des lgl. sächsischen statistischen Bureaus in Dresden. Von einem Manne in dieser Stellung war doch zu erwarten, daß er seine persönlichen Anschauungen in der Eisenbahnfrage einigermaßen mit der Tendenz der sächsischen Eisenbahnpolitik auseinandergerichtet hätte. Das, was das Eisenbahnprojekt nach den offiziellen Erklärungen der preuß. Regierung und des deutschen Reichskanzlers nicht im Auge hat, die gänzliche Befestigung des Privat-Eisenbahnwesens, hat die sächsische Regierung in der soeben geschlossenen Session des sächsischen Landtages nahezu vollendet, und die Thronrede bezeichnet die Verständigung der Regierung mit dem Landtage über die Uebernahme der Privatbahnen auf den Staat als ein für die wirthschaftlichen Interessen des Landes fruchtbare Resultat der Session.

— Graf Harry Arnim befindet sich, ohne Familie, seit dem 24. Juni in Karlsbad, wo er in dem „Hotel garni Amerikan“ abgestiegen ist. In die Kurliste hat er sich eintragen lassen als: „Seine Exzellenz, Herr Graf Arnim, königl. preuß. wirklicher Geheimer Rath, aus Florenz.“ Er bewegt sich ungenau auf der Promenade und sieht äußerlich ganz wohl aus, ist aber gealtert. — Auch der Exkönig Franz II. von Neapel hält sich mit Begleitung unter dem Namen eines Herrn Jozs von Castro zur Kur in Karlsbad auf.

— Über den Selbstmordversuch eines Abgeordneten (Kreisgerichtsrath Schiller) in einem Eisenbahnwaggon, über den wir kürzlich berichtet haben, erfährt die „Börs-Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle, daß zu denselben eine Nervenüberreizung in Folge übermäßig angewandter Römisch-Irischer Bäder, die Kreisgerichtsrath Schiller eines Laien zur Befestigung rheumatischer Schmerzen in der Hand gebraucht hatte, den Anlaß gegeben hat. Der Versuch ist jedoch ohne jede schlimme Nachwirkung für das körperliche Befinden des Verletzten das gegenwärtig bereits wieder ein ganz normales ist, da derselbe mit einem Federmeier nur leicht die Haut verletzt hat. Die That ist in dem Moment ausgeführt, wo heftige Kongestionen nach dem Gehirn das Bewußtsein getrübt hatten.

— Das Kriegsministerium hat jetzt die den Soldaten im dritten Vierteljahr 1876 zu bewilligenden außerordentlichen Verpflegungszuschüsse einschließlich der Frühstücksportionen für die 15 Armee corps und das Gardecorps festgesetzt. Diese Zuschüsse richten sich nach den Durchschnittsmarktpreisen und geben eigentlich mittelbar ein Bild der in den einzelnen Städten herrschenden Theuerung oder Wohlseinheit. So beträgt dieser Zuschuß pro Mann und Tag beispielsweise in Berlin 13 Pf., in Charlottenburg und Potsdam 16, in Spandau 15 und in Teltow, dicht bei Berlin, gar 17 Pf. Im Bereiche des 1. (preußischen) Armee corps beträgt der höchste Satz (in Königsberg) 15, der niedrigste (in Wehlau) 6 Pf., im Bereiche des 2. Corps (Pommern-Westpreußen) der höchste 15, der niedrigste 8 (in Schneidemühl), im 3. (Brandenburg) der höchste 17, der niedrigste 9. In der Provinz Sachsen 18 und 12, in Posen und Niederschlesien 15 und 11, in Schlesien 12 und 9, in der Rheinprovinz 19 und 13, im Bereiche des 10. Armee corps (Hannover, Oldenburg etc.) 20 und 13 u. s. f. w.

— Wie die „M. Z.“ hört, hat die königliche Direktion der berliner Stadtbahn zwei ihrer Beamten, einen Ingenieur und einen Baumeister, nach Pöhlwadelia zur Weltausstellung geschickt. Sie sollen dort wie an anderen Orten der Union namentlich über Brückenkonstruktionen eingehend sich unterrichten und von den neuen Leistungen der Amerikaner, die auf diesem Gebiete von jeher Hervorragendes geleistet haben, im Interesse der berliner Stadtbahn Kenntnis nehmen. Ein Komité, welchem der Prof. Dr. Graef angehört, beabsichtigt, fünfzig jungen Leuten, die als Handwerker und Fabrikanten tüchtiges zu leisten versprechen, Neujegeler und Diäten zum Besuch der amerikanischen Weltausstellung zuzuwenden. Auch für fünf Architekten sollen Unterstützungsgelder aufgebracht werden. In früheren Jahren war dasselbe Komité in der Lage, strebsame Arbeiter nach Paris und nach Wien zu schicken, und von so vorsichtiger Wirkung sind diese Aussendungen intelligenter, junger Leute gewesen, daß das Komité es für notwendig erachtete, auch die Philadelphiaausstellung nicht zu beschließen zu lassen.

— Der sozial-demokratische Reichstagabgeordnete Literat Reimer stand am Sonnabend vor den Schranken der siebenten Kriminaldeputation des Stadtgerichts unter der Auflage, in der am 1. April d. J. in den Gratwein'schen Bierhallen gehaltenen Rede „über die Ursachen der Verbreitung der sozial-demokratischen Ideen“ den Kaiser als Landesherrn beleidigt zu haben. Nach dem Bericht des überwachenden Polizeileutnants soll der Angeklagte von den Regenten im Allgemeinen, worunter auch der deutsche Kaiser zu rechnen sein dürfte, behauptet haben, daß sie sich zur Verdummung des Volkes mit den Priestern verbunden haben. Der Angeklagte dagegen vertheidigt, nur von den Regenten Frankreichs und Spaniens, deren Verbindung mit den Pfaffen und den daraus entstandenen Kriegen geprägt und die Verbündtschaft in Deutschland nur berührt zu haben, um den Gegensatz zwischen diesem und jenen beiden Staaten nachzuweisen. Der Zweck seines Vortrages war der, eine Agitation für die Verallgemeinerung der Bildung in's Leben zu rufen, als der besten Waffe gegen alles Ungemach der Völker. Da der überwachende Polizeileutenant auf das eindringliche Inquisitorium des Vorständen, Stadtgerichtsdirektors Reich, zugeben mußte, daß der Angeklagte, der unseren Kaiser nicht direkt genannt, möglicherweise nur die Regenten von Frankreich und Spanien im Auge gehabt habe, so erfolgte auf den Antrag des Staatsanwalts Schluß die Freisprechung des Angeklagten.

— Der „Staatsanze.“ Nr. 155 publiziert das Gesetz, betreffend die Belehrung des Staates an dem Unternehmen einer Eisenbahn von Biebrza über Wilster, Teterow und Meldorf nach Heide. Von 14. Juni 1876, sowie das Gesetz, betreffend die Verlegung des Etatsjahres und die Feststellung des Staatshauses-Etats für das Vierteljahr vom

1. Januar bis 31. März 1877. Vom 29. Juni 1876 und das Regulativ für die Prüfung der Thierärzte, welche das Fähigkeitszeugnis für die Anstellung als beamteter Thierarzt zu erwerben beabsichtigen vom 19. Juni.

— Aus Hildesheim, 30. Juni, wird der „Germ.“ geschrieben, daß heute seitens des höchsten katholischen Consistoriums im Auftrage des Kultusministers die Ausweisung des Bischofs, der Domkapitular und Domvikare, sowie der bischöflichen Behörden aus den Kirchen und Geschäftsräumen erfolgte. Ein Rechtsurtheil über das Eigenthum des Domkapitels an diesen Gebäuden war unbeachtet geblieben; voransichtlich wird daher gerichtliche Klage erhoben werden.

— Straßburg, 30. Juni. Gestern Vormittag fand auf dem Exerzierplatz bei der Drangerie die Besichtigung der aus Elsaß-Lothringen zum ersten Male einberufenen und zum Dienst als Krankenträger ausgebildeten Reservemannschaft statt. Die zu einer Compagnie formirten 200 Reservisten, unter denen sich nur eine ganz geringe Zahl Nicht-Elsaß-Lothringen befand, waren in Parade aufgestellt und es bildeten hinter der Front 8 Sanitätswagen, deren Beplankung vom Trainbataillon Nr. 15 gegeben war. Der Generalmajor v. Suckow nahm die Besichtigung im Beisein des kommandierenden Generals und der bezüglichen Borgeleuten ab. Nach einer Vorinspektion der Mannschaft im Krankenträgerdienst wurde eine Darstellung der Thätigkeit im Gefecht gegeben. Am Ende des Platzes nach dem Kanal zu war etwa eine Compagnie Infanterie aufgelöst, deren Mannschaft zerstreut umherlag und so die auf dem Schlachtfeld Bleistreifen darstellte. Hierauf rückten die Krankenträger mit ihren Tragbahnen vor, untersuchten die Verwundeten, legten den ersten Verband an und transportirten sie nach den rückwärts aufgestellten Sanitätswagen. Diese fuhren nun die Verwundeten nach dem noch weiter rückwärts etablierten ambulanten Lazaret, wo die Schwerverwundeten gesondert unter Aufsicht des ärztlichen Personals niedergelegt wurden. Heute Vormittag wurde die Besichtigung der Krankenträger des aktiven Dienststandes in der gleichen Weise abgehalten und gab Zeugniß von der tüchtigen Ausbildung, welche man in der Armee in diesem wichtigen Dienstzweige erreicht hat.

— Paris, 1. Juli. Das Amtsblatt enthält folgende Mittheilung: Aus einer von dem Studiendirektor der polytechnischen Schule geführten sorgfältigen Untersuchung geht hervor, daß, wenn in Folge der vielfältigen Behandlung in Druck und Verlebung der für die Zulassung zur Schule geforderten Prüfungs-aufgaben einige bedauerliche Indiscretions betreffs der Aufgabe in der beschreibenden Geometrie vorgefallen sind, diese doch nicht das Monopol einer einzigen besonderen Anstalt gewesen sind. Die mit der Überwachung der Arbeiten betrauten Offiziere haben festgestellt, daß die Böblinge der verschiedenen Provinzen, der Kollegen Rollin und Chaptal und der übrigen Privatanstalten in gleicher Weise unterrichtet zu der Prüfung kamen. Diese Thatache ist durch die Untersuchung bestätigt worden. Die Provisorien haben übrigens keinerlei Beschwerde an den Studiendirektor gerichtet; er suspendierte aus eigenem Antriebe die Arbeiten, um eine andere Aufgabe zu geben. Liegt übrigens nicht die vollste Bürgschaft der Gerechtigkeit in dem ebenso liberalen wie ehrenwerten Charakter der ehemaligen Böblinge der polytechnischen Schule, welchen die Leitung der Studien und der Prüfungen ausschließlich anvertraut ist? Seit langen Jahren sind die Probearbeiten für die Zulassung dem Vorstande und der Studien-Direktion der Schule anvertraut. Wenn das Vorgefallene die Notwendigkeit darin hätte, die gegenwärtige Lage der Dinge zu ändern, so würde der „Conseil de perfectionnement“ berufen werden, um sein Gutachten abzugeben.

Die Aufregung in den Studentenkreisen über den Skandal, der sich bei den Prüfungen zur Aufnahme in die Polytechnische Schule ergab, ist noch im Steigen, da das lateinische Viertel die schwülstige Erklärung des Amtsblattes für eine Vertuschung zu Gunsten der Jesuitenjünger betrachtet. Die Eingeweihten behaupten, dieses System des Luges und Truges bestiehe schon seit Jahren und sei längst öffentliches Geheimnis gewesen. Die Jesuiten schleichen sich überall ein und benehmen sich dann auch überall als das, was sie eben sind, nämlich Jesuiten. Die Böblinge der Väter Jesu werden einst Offiziere, höhere Beamte und so weiter; nun wohl, wer durch ihre Praktiken emporgekommen, der bleibt in ihren Händen. — Die Marcellin Mac Mahon hat dem deutschen Botschafter, Fürsten Hohenlohe, einen Beitrag von 25,000 Fr. für die Über schwemmten des Elsaß überreicht. Desgleichen hat sie den Über schwemmten der Schweiz eine namhafte Beisteuer zukommen lassen. — In einem Artikel, in welchem sie dem Fürsten Bismarck gewohntermaßen die schwärzesten geheimen Pläne andichtet, sagt „La Presse“ mit wichtiger Miene: „Unsere Ansicht ist, daß die Blüte Europa's auf Parzin gerichtet sein müssen.“ In dem Augenblick, da sich der deutsche Reichskanzler gerade in Kissingen befindet, nimmt sich das doppelt komisch aus. — Der „Figaro“ erhält von seinem konstantinopoler Korrespondenten via Bukarest, 30. Juni, folgendes Telegramm:

Das im Seraskierat tagende Kriegsgericht zur Revision des Prozesses der bei dem Konfliktnorde von Saloniki kompromittierten Beamten hat nach den Schlussanträgen des Berichterstatters anerkannt, daß die in erster Instanz verhängten Strafen ungenügend waren. Nach seinem Vorschlag soll der Oberst, welcher die Garnison befehligte, mit der Degradation und zehnjähriger Zwangsarbeit bestraft, endlich die über dem Kommandanten der Gendarmerie bereits durch das erstrichtliche Urteil verhängte Degradation bestätigt und der Generalgouverneur zu fünfzehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilt werden. Hinsichtlich der strafbaren Handlungen, die von Individuen begangen worden sind, welche nicht der Armee angehören, soll sich das Kriegsgericht nach dem Antrage des Berichterstatters für incompetent erklären. Die Vertreter Deutschlands und Frankreichs, welche der Sitzung bewohnten, erhoben gegen eine solche Entscheidung Protest. Eine zweite Sitzung des Kriegsgerichts steht bevor.

— Belgrad. Zur Lage in Serbien schreibt der „P. Lloyd“ vom 30. Juni:

All Berichte, die wir erhalten, stimmen darin überein, daß Serbien zwar schon bisher seine Kräfte auf's Höchste angespannt hat, daß aber die Lage des kleinen Ländchens eine im höchsten Grade bedenkliche sei. Während die serbische Heeresmacht, im Süden, Südosten und Südwesten an den Grenzen stehend, den Befehl erwartet, den Kampf mit der Türkei zu eröffnen, droht dem Lande eine ernste Ge-

fahr vom Norden. Der Telegraph meldet uns, daß in Belgrad große Vorfälle vor einem Angriffe der türkischen Donau-Flotte aufgetaucht sind. Diese Flotte, deren Stärke nicht genau bekannt ist, hat gegenwärtig ihre Stationplätze in Rostschuk, bei Thurghedo und an Sulina-Mündung der Donau. Wenn sie gehörig ausgerüstet ist und gut geführt wird, ist sie im Stande, die Städte Semendria und Belgrad zusammenzuschießen. Das ist es auch, was in Serbien große Vorfälle hervorgerufen hat. Wohl hat Belgrad eine Citadelle und Semendria führt sogar den Namen einer Festung, allein die betreffenden Werke sind nicht von solcher Beschaffenheit, daß sie ein ernsthaftes und mit modernen Mitteln durchgeführtes Bombardement abwehren könnten. Die Werke von Semendria werden nun mit aller Hast verstärkt und die bisherige, aus Landwehrtruppen bestehende Besatzung wird durch reguläres Militär ersetzt, allein solche Vorbereitungen bedürfen, um wirklich zu werden, einer gewissen Zeit zur Durchführung. Es wurde die Frage erörtert, ob der Schutz Belgrads und Semendria's nicht am leichtesten und zweckmäßigsten durch Versenkung von Torpedos in die Donau bewerkstelligt werden könnte, allein dem steht entgegen, daß die Donau kraft internationaler Akte ein offener Strom ist, der dem Verkehr zugänglich sein muß. Die Anbringung von Torpedos würde aber die Schiffahrt unmöglich machen und zunächst die Interessen Österreich-Ungarns in der stärksten Weise benachtheiligen. Die serbische Regierung wird also wohl davon Umgang nehmen müssen, durch Torpedo's die Annäherung der türkischen Flotte an die genannten Orte zu verhindern.

Über die strategische Situation von Serbien schreibt die „R. fr. Presse“:

Die geographische Lage Serbiens, der Umstand, daß es im Westen an das nur durch einen schmalen Landstrich, Paschalif Novi-Bazar, mit der südlichen Türkei zusammenhängende Bosnien und im Süden und Südwesten an Bulgarien grenzt, ferner die politischen Zwecke, welche es mit seiner militärischen Aktion verfolgt, ergeben, daß Serbien an zwei Operations-Schauplätzen mit der Türkei im Kampf treten wird. Diese beiden Operationsfelder befinden sich an der mittleren Drina, das ist an der bosnischen Grenze, und an der sogenannten bulgarischen Morava, das ist an der bulgarischen Grenze. Diese beiden Operationsfelder sind militär-geographisch durch jenen Gebirgszug von einander geschieden, welcher sich von den montenegrinischen und albanischen Bergen erstreckt und, die Quellen der Drina, des Lim und der bulgarischen Morava umgebend, zwischen diesen Flüssen bis an die Save nach Norden zieht. Ein dritter Neben-Kriegsschauplatz befindet sich an der Ostgrenze, wo der Lauf des Timok Serbien von Nord-Bulgarien trennt. Hier decken jedoch schwer zugängliche Gebirge das Innere Serbiens gegen eine gegnerische Annäherung, und könnte eine türkische Invasion von dieser Seite nur dann an Bedeutung gewinnen, wenn die Donau-Flotte diese Operation unterstützen würde. Am Timok wird sich daher Serbien unter jeder Bedingung in der Defensive halten müssen. Was jedoch den Operations-Schauplatz an der bulgarischen Morava und an der Niščana anbelangt (Gegend von Bisch und Aleksinac), so wird er von der kürzesten, von Belgrad nach Konstantinopel führenden Operations-Linie durchschnitten. Auf diesem Felde und in dieser Richtung wird daher sowohl von Serbien als von der Türkei die militärische Entscheidung gesucht werden, das heißt, hier werden die entscheidenden Schlachten stattfinden müssen. Fürst Milan verfolgt aber neben den militärischen auch noch politische Zwecke, unter Anderem die Insurgierung Bosniens und der Herzegowina und die Vereinigung dieser aufständischen Provinzen mit Montenegro und Serbien zu einer einzigen Kriegsbasis. Dies ist demnach sowohl in politischer als militärischer Beziehung das erste Ziel, das Serbien und Montenegro im Auge haben werden. Diese Gründe dürften daher die serbische Kriegsleitung bewegen, vorläufig eine Entscheidung bei Aleksinac und Niš zu vermeiden und den Kampf mit einem Übergange über die Drina und einer Invasion Bosniens zu beginnen. Für diese Annahme spricht auch der Umstand, daß die Serben sich in Deligrad verschanzt haben, daher dort offenbar vorerst in der Defensive zu verbleiben gedenken. Der serbische Kriegsplan dürfte sich daher in folgendem zusammenfassen lassen: 1) Aufrechterhaltung der Defensive am Timok unter allen Umständen, gestützt auf die unvergessenen Gebirge der Kraina; 2) vorläufige Defensive im Süden an der bulgarischen Morava, bis 3) der offensive an der Drina gelungen ist, Bosnien vollständig zu insurgieren und die Vereinigung mit Montenegro darunter herzustellen, daß die neue gemeinsame strategische Front vom Timok über Aleksinac und Novi-Bazar an die montenegrinische Grenze laufen würde. Für die Türkei würde sich hieraus eigentlich der Plan ergeben, ihrerseits offensiv gegen Aleksinac-Deligrad (Moravabach) vorzugehen.

Fürst Milan hat die Stiftung einer silbernen Kriegsmedaille beschlossen, die an alle dem Feldzuge beiwohnenden Militärs, dieselben mögen nun dem Kombattantenstande angehören oder nicht, verliehen wird. Die Münze, an einem Bande in den Nationalfarben getragen, zeigt das Portrait des Fürsten mit der Inschrift: Milian I., König der Serben; selbe ist von dem berühmten französischen Medailleur Bourgerau verfertigt.

Über die haarsträubenden Sünden der Türken in Bulgarien, die in wenigen Wochen eine blühende Provinz ohne allen Grund in einen rauchenden Trümmerhaufen zu verwandeln drohen, schreibt der russische „Golos“:

Geringe lokale Unordnungen wurden zum Vorwand genommen, den Fanatismus des ganzen muhammedanischen Abschamis, der Fischer, Zigeuner, Baschi-Bozuls, auf die wehrlosen Bulgaren zu hetzen und sie unter dem Segen der Propheten ihr Miththen an den Giaurs führen zu lassen. Hussein Avm. Pascha, damals Seraskier und Kriegsminister, wollte damit seine Entschlossenheit im Kampf gegen die Christen zeigen. Das Morden, Schänden, Brennen begann. Den Kreuzungen ging nicht einmal die Farce eines türkischen Prozeßverfahrens voraus. Wer sich widerstrebte, wurde als Meuterer gekidnt, wer um Schonung bat oder keine physischen Kräfte zum Widerstand hatte, wie Frauen, Kinder, Greise, wurde gepfählt oder abgeschlachtet. Die Vernichtung einer Stadt begann meist durch Ausraubung; dann folgte eine andere Schaarräuber, marterte und schändete; die nächstfolgende senkte die Häuser nieder und mäkelte die Bewohner. So geriet es in Wetrina, Werutschiza, Batina und Bajatshira in der Nähe von Tamboli. In Kalafara verbrannten die Fischer 40 Frauen und Mädchen, an denen sie erst ihr kleines Gelüft gestillt, lebendig in einem Hause; in Bajatshira stachen die Baschi-Bozuls 2000 wehrlose, absolut unschuldige Christen kaltblütig ab. Lehrer und Priester wurden besonders verfolgt, die Schulen verbrannt, den Kindern der Leib zu Hunderten aufgeschlitzt. Wem bei solchen Thaten das Herz nicht schmerzt, der hat feinsinn. — Die Steuerkraft der Provinz ist auf Zahlrechte gelähmt, alle Ersparnisse vernichtet, alle Geschäfte stocken, die diesjährige Ernte ist verloren, denn Niemand ist da, sie einzubehmen. Der „Golos“ berechnet, „nach vollständig sicherer Quellen“ die Zahl der vernichteten Ansiedlungen auf 100 bis 150, die Zahl der Gemordeten auf 40,000 Personen. Tausende schmachten in Gefängnissen und Festungen oder sind von ihren Wohnsätzen vertrieben. Was hat Europa, während solches geschah? Schließt es einen festen Schlaf oder schlief es absichtlich die Augen? Dank den geschickten englischen Dekorationen freute sich Europa unterdessen an dem Schauspiel wie Midhat Pascha mit einem Wink seines Bauwerkes die barbarische Türkei in ein Land des Segens, der Kultur und der Zivilisation verwandelte. Während die türkischen Reformer im Verein mit ihren europäischen Beratern die Grundsätze der neuen Konstitution, die Sicherung des Lebens, der Ehre und des Eigentums aller türkischen Unterthanen, „ohne Unterschied der Rasse und der Religion“ verliehen, wurde nicht weit davon in Bulgarien gemordet, geschändet, gebrannt. Das ist der Anfang der türkischen Reformen, von den man in England so viel Gutes erwartet.

Das der „Golos“ eine unparteiische Quelle in dieser Angelegenheit ist, möchten wir sehr bezweifeln.

Der Krieg steht bereits in hellen Flammen. Der erste Jahrestag der türkischen Wirren — am 5. Juli 1875 sah die Herzegowina die ersten Ausbrüche einer damals noch unscheinbaren Erhebung — wird bezeichnet durch blutige Berichte von erbitterten Befreiungskämpfen. Die Türken sind im Osten in serbisches Gebiet eingefallen, haben die BefestigungsWerke von Zaitchar (am schwarzen Limos) nach heftigem Kampfe genommen und bedrohen die linke Flanke des serbischen Heeres; ein Theil ist von Widdin her über die Grenze gegangen und hat bei Thor (District Zaitchar) festen Fuß gefasst. Dagegen sind die Serben bei Badina Glava und Niš über die Grenze gegangen, haben, wenigstens nach eigener Angabe, das befestigte Lager von Badier nach heftigem Kampfe genommen und bedrohen jetzt Niš, das sie als erstes Operationsfeld auseinander hatten. Beide Theile stehen also auf fremdem Gebiet, und — wie dort üblich — schreiben sich selbst stets den Sieg zu. Die bisher vorgefallenen Kämpfe, einschließlich der seitens der Montenegriner bei Podgoritz gefochtenen, tragen bisher noch keinen strategisch bedeutsamen Charakter.

Newyork. Bei einer Vergleichung der von den beiden großen amerikanischen Parteien gewählten Präsidentenschaft-Kandidaten sind, wie die „R. fr. Presse“ nach der englischen Korrespondenz zusammenstellt, die londoner Zeitungen einig, daß die Demokraten in Tilden den besseren Mann auf den Schild erhoben haben. Die „Times“ ist der Ansicht, daß die mächtige, wenn auch ungeordnete Bewegung, welche unter dem Namen „Reform“ sich letzter Zeit in den Vereinigten Staaten geltend gemacht hat, ihr Gewicht zu Gunsten des Gouverneurs von Newyork in die Waagschale geworfen hat. Und nicht mit Unrecht. Tilden's Verdienste um die Niederschmetterung der Korruption im Staate Newyork hätten die Hoffnung eingesetzt, daß er sowohl den Willen wie die Macht haben werde, die organisierte Korruption in Washington anzugreifen. Auch solche, die einen Kampf gegen die Korruption für hoffnungslos ansehen, seien von Bewunderung erfüllt über Tildens energischen und wirksamen Widerstand gegen die Kämpfer des Papiergeldes. Die Hoffnung der letzteren auf eine Verwirklichung ihrer Absichten sei durch die Verwerfung des von ihnen beantragten Beschlusses für das Parteidrogramm zu nichts gemacht. Die einstimmige Ernennung des, wenn auch nur in gemäßigter Weise mit ihnen gehenden Hendricks zum Kandidaten für die Vice-Präsidentschaft würde sie wahrscheinlich bewegen, für den ihnen sonst antipathischen Tilden zu stimmen. Andererseits sei es auch wieder möglich, daß die Ernennung Hendricks den Demokraten in den Augen der Unabhängigen schaden könnte. „Ball Mall Gazette“ jaht hauptsächlich den landschaftlichen Gegensatz der Kandidaten ins Auge. Die Weststaaten seien seit Lincoln's Wahl gewohnt gewesen, einen der Ibrigen auf dem Präsidentenstuhl zu sehen. Tilden würde als Oststaatter deshalb ihnen nicht genehm sein. Der so entstehende Verlust würde aber durch die Stimmen der unabhängigen Republikaner, welche sich für Tilden erklärt, aufgewogen werden. Zugrunde einer Berechnung, welche Daily Telegraph aufstellt, wird die Entscheidung von den 85 Stimmen (etwa ein Zehntel aller) des Staates New-York abhangen. Ohne dieselben habe jedenfalls Hayes die Mehrheit, und sehr zweifelhaft sei es noch, ob alle Stimmen seines Staates auf Tilden fallen würden, denn außer den Anhängern der „Ring“ habe er auch als Freihändler die Schützöffner gegen sich. Daily News hält es für eine der ungewöhnlichsten Ereignisse einer nordamerikanischen Präsidentschafts-Kandidaten-Ernennung, daß der durch Talent und Charakter hervorragendste Bewerber den Sieg davongetragen hat, denn gewöhnlich einigten sich die verschiedenen Gruppen auf den wegen seiner bisherigen Unbekanntheit die wenigsten Gegner zählenden Bewerber. So sei es auch den Republikanern mit Hayes gegangen, dem jetzt allerdings Seitens seiner Anhänger alle erdenklichen Tugenden unter dem Himmel zugeschrieben würden. Ein eunischer Franzose soll, als er die Nachricht von der Wahl Mac Mahon's zum Präsidenten erhalten, gesagt haben: „Wenn wir das für einen Mac Mahon thun, was würden wir für einen Wolfe getan haben?“ Eben so, meint Daily News, kann man bei den begeisterten Lobpreisungen Hayes gespannt darauf sein, in welcher Sprache die Demokraten ihrem Tilden huldigen werden. Tilden sei jedenfalls der beste Kandidat, der seit langer Zeit von beiden Seiten aufgestellt sei.

Goluchowski, hat tacit dieses Verfahren der ihm untergeordneten Beamten belobt, und sie erhielten gewöhnlich eine Anerkennung wegen energischen Handelns.“

Das „Slowo“ schließt seinen gegen die „Gazeta Narodowa“ gerichteten Artikel mit folgender Bemerkung:

„Wir ruthenischen Bürger der österreichischen Monarchie sind gleichberechtigt, diese Gleichberechtigung verletzen aber die Polen nicht alle Rechte, und entgegen allen Verpflichtungen der Regierung. Wir würden, wenn uns die Regierung die Gleichberechtigung entzöge, dieses begreifen, wenn dies aber eine am Grabe stehende, uns feindliche Nationalität thut, welche hierzu durchaus kein Recht hat, so sind wir genötigt, gehörigen Orts um Hilfe zu bitten und vor der Welt Beschwerde zu führen.“

Sodann wendet sich das „Slowo“ gegen den hiesigen „Dziennik Poznański“, welcher neulich äußerte, daß der Oberbürgemeister Kohleis und Professor Beseler im Herrenhause einen Roman über die Verfolgung, welche die Ruthen in Galizien erdulden, erzählt haben. Indes widerlegt der „Dziennik Poznański“, wie wir ja schon mehrfach zu zeigen Gelegenheit hatten, gewöhnlich am Ende seiner Leitartikel selbst seine im Anfang gemachten Behauptungen. Auf diesen Mangel an Logik weist denn auch das „Slowo“ hin, indem es das Zugeständnis des Organs unserer Universitätszeitung hervorhebt, welches sagte: „daß der Streit zwischen Ruthen und Polen eine Familienangelegenheit ist, in die sich kein Fremder mischen darf“, woraus klar erhellt, daß ein Streit besteht. „Wir haben“, sagt das „Slowo“, „den Deutschen nicht sekundirt, denn wir sind wirkliche Slaven; wir haben nur durch Thatachen, nicht durch Lügen oder Phrasen bewiesen, daß die „Posener Zeitung“ die Wahrheit gesagt hat, welche der „Dziennik Poznański“ nur durch Sophismen zu widerlegen versuchte.“

Personalien. Der Staatsanwalt Warmbunn in Kosten ist in gleicher Eigenschaft an die königl. Staatsanwaltschaft zu Breslau verzeigt worden; derselbe war schon als Gerichts-Assessor mehrere Jahre bei der gedachten Behörde in hervorragender Weise thätig gewesen.

Polnisch-türkische Legion. Bekanntlich haben die Polen sehr wenig Sympathien für die südländischen Insurgenten, weil sie den Aufstand für ein Werk der russisch-panslavistischen Propaganda halten. Nur der hiesige panslavistisch gesinnte „Dziennik Poznański“ konnte sich einigermaßen für das „slavische Banner“ erwärmen. Wie nun der Korrespondent dieses Blattes mit Südfaurer Miene aus Lemberg schreibt, sind daselbst direkte Nachrichten aus Konstantinopel eingegangen, wonach die türkische Regierung eine polnische Legion bilden will und dabei auf eine zahlreiche Beteiligung der Polen rechnet. Außerdem theilt der Korrespondent mit, daß die polnische Emigration in Frankreich einen großen Einfluß auf die Regierungskreise der Türkei (?) hat. In der türkischen Armee dienen viele Polen, und die Anführer der Hauptcorps auf dem Kriegsschauplatze sind die Polen Borzecki und Freynd (wahrscheinlich von deutsch-polnisch-hebräischen Eltern herstammend). Wibbad Pascha soll der polnischen Sache sehr gewogen sein. Der Korrespondent zweifelt jedoch an dem Zustandekommen der Legion, denn er meint, daß die Polen stets nur für die nationalen Rechte der Völker nicht aber für das Interesse der Monarchen gekämpft haben. Man sieht auch hieraus wieder, daß die Polen ihre eigene Geschichte nicht kennen, sonst würde ein polnisches Blatt, welches jene Polen feiert, die Napoleons Fahnen folgten, um die spanische Unabhängigkeit zu vernichten, nicht solche Phrasen seinen Lesern auftragen. Der Korrespondent fordert dann die polnischen Parteiführer und Männer von Bedeutung auf, sich über die Stellung zu verständigen, welche „Polen“ den orientalischen Angelegenheiten und den in Aussicht stehenden wichtigen Ereignissen gegenüber einnehmen soll. Hieran knüpft der Korrespondent ein kleines Zukunftsblatt, welches mit dem bekannten chauvinistischen Pinsel ausgemalt, seiner Einbildungskraft alle Ehre macht. Es gelangt dabei zu der Ansicht, daß „Polen“ bei den in Aussicht stehenden europäischen Verwicklungen „ein sehr wichtiger wenn nicht gar entscheidender (?) Faktor“ sein wird. — Die große Zuthütte scheint offenbar auf den Korrespondenten einen Einfluß ausgeübt zu haben.

Das sogenannte „Oblauer Sakrileg“ wird auch von den polnischen Ultramontanen eifrig benutzt, um die Landbevölkerung aufzuregen und gegen die Staatsgewalt zu fanatisieren. Mit welchen Mitteln dies zu Stande gebracht wird, kann man aus einer Korrespondenz des hiesigen Ledochowskischen Monteurs schließen, worin über das Frohleinheitsfest zu Psarskie (bei Pimie) folgendermaßen berichtet wird: „Wie viel Thränen! (sic!) floßen aus den Augen der ehelichen und einfachen Landleute, namentlich als sie von der Beleidigung und Beschimpfung erfuhren, welche dem Herrn Jesus (?) in Seinem allerheiligsten Sakrament in der letzten Zeit zugefügt worden ist; man bat Ihn um Vergebung und betete für alle diesenigen, welche Beschimpfungen verüben. ... am (darauffolgenden) Sonnabend aber als am Tepte des süßesten Herzens Jesu fand eine feierliche Beihandacht statt, um Gott, der in seinem heiligsten Sakrilegio verborgen ist, für alle ihm in der letzten Zeit zugefügten Beschimpfungen und Kränkungen um Verzeihung zu bitten.“ Davon, daß die Ultramontanen zur Sühne für die Kirchenbändigung zu Pieranie, bei der sogar ein Menschenleben verloren ging, feierliche Andachten abgehalten hatten, verlauntet bis jetzt noch nichts. Freilich ist das Sakrileg in Pieranie auch ad majorem ecclesiae gloriam in Szene gesetzt und die betreffende Person „jur' Ehe Gottes“ todgedrückt worden.

Deutsches Sängertreffen in Polen. Am 12., 13. und 14. August d. J. begehen die in russisch Polen vereinigten und zum polnischen Provinzial-Sängerbund gehörigen Gesangvereine in Łódź ein deutsches Sängertreffen, zu welchem auch die Männergesangvereine der Provinz Posen eingeladen worden sind.

Selbstmord. Heute früh fand man einen ehemaligen Beamten in seiner Wohnung erhängt. Die Motive zu dieser That sind nicht bekannt, doch ist der Mann nicht nur in geordneten, sondern in sehr guten Vermögensverhältnissen befunden hat. In der letzten Zeit haben sich in seinem Benehmen Spuren von Geistesabwesenheit und Tieflinn gefunden.

Bojanowo, 2. Juli. [Militärisches Landwirtschaftliches.] Nachdem bereits im vorigen Jahre die Kommune für die Mannschaften der hier garnisonirenden 5. Eskadron des Westpreußischen Kürassier-Regiment No. 5 ein Kasernelement eingerichtet hat, ist durch das Bemühen des Eskadrons-Chef, Rittmeister v. Bärenprung, auch seit dem 1. Januar d. J. eine Speisearnstalt für die Eskadron ins Leben getreten und sollen die Mannschaften, durch Aufauf der Cerealiens im Ganzen, eine wohlfeilere und bessere Menage haben. Ebenso wird an dem städtischen Garnisons-Pferdestall noch ein Anbau gemacht, damit nunmehr sämtliche zur Eskadron gehörende Pferde in 2 Ställen untergebracht werden. Auch soll nebenbei die Beißlagschmiede und ein Stall für die kranken Pferde eingerichtet werden. Endlich muß noch erwähnt werden, daß der bei den Ställen liegende Reitplatz mit einer Barriere umgeben, teilweise mit Bäumen bepflanzt und durch Bemühung des Eskadrons-Chefes dermaßen niedrig gemacht worden ist, daß der bei Regenwetter erfolgende Abfluß des Wassers regelmäßig erfolgt und der ganze Platz einen für das Auge erfreulichen Anblick gewährt. — Der heutige neunstündige Regen, ist nach der Hitze während der vorigen Woche, eine wahre Wohltat für den austrockneten Boden und kommt namentlich den Haferfrüchten, ja selbst dem Roggen, welcher auf sandigem Boden bereits gelb zu werden begann, trotzdem die Körner noch nicht ausgewachsen waren, sehr zu statten.

I. Nowowrzlaw, 2. Juli. [Soolbad. Droßkenstrike. Thierschau. Unglücksfall. Güterverkauf. Landwehr-Verein.] Im hiesigen Soolbade sind vom 20. bis

int. 30. Juni 583 Bäder gebraucht worden. — Der vor einiger Zeit in unserer Stadt ausgebrochene Droschenstrike hat nunmehr in Folge einer zwischen dem Magistrat und den Fuhrwerksbesitzern getroffenen Vereinbarung, nach welcher die Fahrepreise im Sinne der Droschenbesitzer erhöht worden sind, sein Ende erreicht. In Folge der Tarifänderung sind auch bereits 4 neue Droschen angemeldet, die in den nächsten Tagen ihre Thätigkeit beginnen werden. Ferner ist auch ein Omnibus zum regelmäßigen Fahrbetrieb angemeldet. — Am 23. August d. J. findet auf dem heutigen Kaiserhofe aus Staatsfonds die Prämierung für Pferde und Kindeh in den Händen von bürgerlichen Wirthen, kleineren Grundbesitzern und Gewerbetreibenden statt. — Am 20. v. M. verunglückte in Louisenfelde die 2 jährige Tochter des Ackerwirbs Gutzowski, indem dieselbe in einem Wafferküppel fiel und ertrank. — In letzter Zeit haben in einigen Ortschaften unseres Kreises wiederum mehrere Brände stattgefunden. So brannten in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. dem Wirth Baczkowski in Poplos sämtliche Wirtschaftsgebäude nebst Wohnhaus und dem Wirth Kepski daselbst die ganzen Wirtschaftsgebäude ab. Ferner brannten ab am 22. v. M. in Gr. Glino das Wohnhaus des Wirths Jabs, am 25. das Wohnhaus des Wirths Sommerfeld daselbst und an demselben Tage das Wohnhaus des Bünders Pople in Domnik (die ersten beiden Wirthen sind, wie bereits mitgetheilt, ultra montane Racheakte dafür, daß die Verunglückten in Pieranie am Frohleidnamsfeste zur Kirche gegangen sind). — Das dem Gutsbesitzer Kriente gehörige Gut Tupadly ist für den Preis von 270,000 Mark an den Gutsbesitzer Westphal übergegangen. — In der am 25. v. M. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des hiesigen Landwehrvereins wurde zum Vorsitzenden Rittergutsbesitzer Landrath a. D. Baron v. Willamowitz-Möllendorf, zu dessen Stellvertreter Rechtsanwalt Triepke und zum Schriftführer Kreisphysikus Dr. Winkler gewählt.

### Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Berlin, 4. Juli. Wochens-Übersicht der Reichsbank vom 30. Juni.

#### Aktiva.

1) Metallbestand an coursäßigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen)	Mf. 549,831,000 Abn. 5,023,000
2) Bestand an Reichstassenscheinen	41,354,000 Abn. 878,000
3) Bestand an Noten anderer Banken	15,885,000 Jun. 476,000
4) Bestand an Wechseln	456,675,000 Jun. 59,656,000
5) Bestand an Lombardforderungen	58,007,000 Jun. 12,112,000
6) Bestand an Effekten	622,000 Jun. 288,000
7) Bestand an sonstigen Aktiven	37,225,000 Jun. 4,129,000

#### Passiva.

8) das Grundkapital	Mf. 119,996,000 unverändert.
9) der Reservefonds	12,000,000 unverändert.
10) der Betrag der umlaufenden Noten	777,677,000 Jun. 71,057,000
11) die sonstigen täglich fäll. Verbindlichkeiten	168,537,000 Jun. 1,242,000

Vorstehende Wochenubersicht zeigt gegen den vorwöchentlichen Status der Bank sehr bedeutende Veränderungen und bringt den auf dem Geldmarkt vor dem letzten Ultimo vollzogenen Umschwung der Verhältnisse vollständig zum Ausdruck. Es hat nämlich der Bestand an Wechseln um nicht weniger als 59,656,000 M. zugenommen und der Bestand an Lombardforderungen um 12,112,000 M. Dieser bedeutende Zunahme in den Anlagen der Bank steht eine Zunahme des Notenmellaufs um 71,057,000 M. und eine Verminderung des Wechselbestandes um 5,023,000 M. gegenüber; ferner zeigt der Bestand an Reichstassenscheinen eine Abnahme von 878,000 M. und der Bestand an Noten anderer Banken eine Zunahme von 476,000 M. Ferner haben die sonstigen Aktiven um 4,129,000 M. zugenommen; die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten zeigen eine Abnahme von 2,522,000 M. und die sonstigen Passiven eine solche von 445,000 M.

\*\* Zahlungseinstellung S. Abel jun. Die Firma S. Abel jun. in Stettin hat am Montage bereits den Konkurs angemeldet. Bei der Konkursanmeldung in Stettin ist auch die Annahme des Konkurses über die berliner gleichnamige Firma mit eingetragen. Bis zum Montage wurden von derselben indeß noch Wechsel honorirt und die Firma war an demselben Tage auch noch an der Börse in unverändertem Weise vertreten. Die Höhe der jedesfalls sehr beträchtlichen Passiven läßt sich noch nicht genau übersehen, doch hofft man auf Befriedigung der Gläubiger und sogar auf einen Überschluß zu Gunsten der insolventen Firma. Als übrigens im Herbst die bekannten böswilligen Gerüchte ausgesprengt wurden, stand die Firma in Wirklichkeit noch vollständig aufrecht. Sie machte damals eine Summe von ca. 600,000 M. auf ihr Grundstück Unter den Linden flüssig, und so gelang es ihr, mit Hilfe der Preußischen Bank ihrer Gläubigkeiten Herr zu werden. In erster Linie ist es der Besitz eines großen Theiles des Stammprioritätsaktienkapitals der Berlin-Dresdener Bahn, an welchem die Firma zu Grunde geht, eine Summe, deren Festlegen auf lange Jahre hinaus selbstredend auch bei großem Vermögen bedeutende Schwierigkeiten heraufschlagen müsste. Hätte der Landtag nicht die bestimmte Veränderung in der Beschränkung wegen Liefernahme der Dresdener Bahn beliebt, es wäre der Firma wahrscheinlich möglich gewesen, sich zu halten. Es soll übrigens sofort nach der ersten Berichterstattung des Konkursverwalters ein gerichtliches Akkordverfahren eingeleitet werden. Die Firma S. Abel jun. war in den Jahren 1871-72 bei einer Reihe von Finanzierungen beteiligt. Wir nennen die Berlin-Dresdener Bahn, die Generalbaubank, die Bank für Spirit- und Produktenhandel (Wrede), die Berliner Wechslerbank, die Provinzialwechslerbank, die Norddeutsche Papierfabrik in Köslin, die Stettiner Eisenbahnbetriebsgesellschaft Arthur'sberg, die Bredower Zuckerraffinerie, die Breslauer Zellstofffabriken, die Leipziger Wechsler- und Depositenbank, die Aktiengesellschaft für Braunkohlenverarbeitung "Glücksburg", die Breslauer Glasbütten und die Dresdner Porzellanwarenfabrik. — Von diesen Gesellschaften stand indeß in späterer Zeit nur noch ein kleiner Theil in geschäftlicher Verbindung mit der Firma. Die Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft, die früher mit dem Bankhaufe Abel intime Relationen unterhielt, hatte bereits vor Monaten ihr sehr bedeutendes Guthaben vollständig zurückgezogen. Die Central-Bank für Industrie und Handel, die ja vielfach mit der Firma Abel operierte, wird nicht in Mitleidenschaft gezogen. Die derzeitige Verbindung beschränkt sich auf einige Lombardgeschäfte, die vollständig gedeckt sind. — Die norddeutsche Papierfabrik in Köslin dürfte allerdings durch den Sturz der Firma eine wesentliche Stütze verlieren, ob ihr hieraus direkte Verlegenheiten werden erwachsen können, mag dahingestellt bleiben.

B. B.-E.

### Die zunehmende Getreide-Einfuhr und die Wirtschaftsreformer.

Unter dieser Überschrift bringt die „Danz. Zeit.“ einen sachgemäßen und auf Thatsachen gestützten Artikel aus der Feder des Hrn. Steinbart-Prem.-Lanke, den wir hier unverkürzt folgen lassen, weil er am besten die Haltlosigkeit der Agrarierbestrebungen charakterisiert:

Von 1834-1843 wurden von Roggen im Durchschnitt noch jährlich rund 840,000 Ztr. im Zollverein mehr als eingeführt. 1844-1853 fand eine jährliche Mehreinfuhr von durchschnittlich 740,000 Ztr. statt. 1873 und 1874 betrug dieselbe bereits über 14 Mill. Ztr. im Durchschnitt der beiden Jahre. Von Sommergetreide wurden 1834-1864 noch durchschnittlich über 1½ Mill. Schfl.

mehr aus als eingeführt; 1873 und 1874 betrug die Mehreinfuhr von Gerste bereits 360,000 Ztr., von Mais 400,000 Ztr., von Hafer 2,665,000 Ztr. pro Jahr. 1834-1864 wurden von Weizen noch durchschnittlich ca. 4½ Mill. Ztr. mehr aus als eingeführt. 1871 betrug diese Mehrausfuhr noch mehr als 2 Mill. Ztr., 1872 sank sie auf ca. 1¼ Mill. Ztr., 1873 fand bereits eine Mehreinfuhr von 490,000 Ztr., 1874 eine solche von 300,000 Ztr. statt. Nur Hülsenfrüchte weisen noch eine Mehrausfuhr auf. Sie ist jedoch im Sinne begriffen und betrug 1873 und 1874 im Durchschnitt nur noch 578,000 Ztr. jährlich. Von Mehl wurden in diesen beiden Jahren durchschnittlich 438,000 Ztr. mehr aus als eingeführt. Dagegen fand von anderen Mühlenfabrikaten eine Mehreinfuhr statt.

Dieser Übergang Deutschlands von einem Getreide austreibenden zu einem Getreide einführenden Staate hat sich in einer verhältnismäßig so kurzen Zeit vollzogen, daß es erklärlich erscheint, wenn die Wirtschaftsreformer aus dieser Wendung Bedenken herleiten. Wenn sie sich jedoch zu der Behauptung versteigen, daß der Preis der landwirtschaftlichen Produkte durch die Differentialtarife der Eisenbahnen so gedrückt wird, daß ein Gewinn beim Getreidebau zweifelhaft geworden, und daß ein stetes Zurückgehen des Getreidebaues und die Abnahme der Bevölkerung in ackerbauenden Kreisen ein Beweis dafür sei, so ist das eine bedauerliche Übertriebung. Die Bevölkerung des Zollvereins beziehungsweise Deutschlands ist seit 1851 von rund 30 Millionen auf mehr als 41 Millionen Seelen in 1874 gestiegen. Für die Ernährung kommt im Wesentlichen Roggen und Weizen in Betracht. Berücksichtigt man daher den zunehmenden Verbrauch zumal der geringeren russischen Roggensorten zu Futterungszwecken und die fortschreitend bessere Ernährung der unteren Volksklassen so kann von einem Zurückgehen des Kornbaues so wenig die Rede sein, daß vielmehr eine Zunahme desselben eine unzweifelhafte Thatfache ist. Überdies wurden 1874 ca. 5000 Morgen mit Butterrüben bestellt, 1871 gegen 500,000 Morgen. Auch dem Hackfrucht- und Futterbau sind fortschreitend größere Flächen in Folge der rentabler gewordenen Viehhaltung gewidmet worden. Eine größere Zahl der befreiteten Baerengattungen weist eben auch gleichfalls eine steigende Mehreinfuhr auf. 1871 betrug die Mehrausfuhr von Ochsen noch ca. 55,000 Stück, 1872 ca. 43,000 Stück, 1873 und 1874 durchschnittlich 35,000 Stück. Von Schafen betrug 1872 die Mehrausfuhr noch ca. 979,000 Stück gegen 588,091 Stück im Durchschnitt der Jahre 1873 und 1874. Von Kühen, Jungvieh und Kälbern fand dagegen während dieser beiden Jahre eine Mehreinfuhr von 46,074 Stück durchschnittlich statt. Von Schweinen wurden 1871 ca. 402,000 Stück mehr als ausgeführt, 1872 ca. 771,000 Stück 1873 959,561 und 1874 515,488 Stück. Von Geflügel, Wild, Fleisch, Honig, Eier und Käse ist gleichfalls eine steigende Mehreinfuhr zu verzeichnen. Von Käse wurden 1871 noch ca. 3000 Rentner mehr aus als eingeführt. 1872 fand eine Mehreinfuhr von 23,000 Rentner, 1873 von 78,921 Rentner, 1874 von 97,000 Rentner statt. Ebenso ist die Mehreinfuhr von Talg und Schmalz eine zunehmende. Nur von Butter findet noch eine allerdings sinkende Mehrausfuhr statt. 1871 wurden ca. 324,000 Rentner Butter mehr aus als eingeführt, gegen 162,000 Ztr. in 1873, 111,000 Rentner in 1873 und 128,000 Rentner in 1874.

Der deutsche Landmann befindet sich mittlerin in der erfreulichen Lage, daß die landwirtschaftliche Produktion, trotz ihrer positiven Zunahme mit der schnellen wachsenden Bevölkerung und deren zunehmenden Konsumtionsfähigkeit nicht mehr gleichen Schritt zu halten vermag. Während er noch vor 10-15 Jahren in erheblichem Umfang auf den auswärtigen Absatz mit seinen Erzeugnissen angewiesen war, ist ihm der Markt fortwährend näher gerückt. Bessere Preise, namentlich auch für die Viehstandprodukte, sind die natürliche Folge dieser Wandlung. Die Landwirthe sind denn auch nicht mehr in dem früheren Verhältnis auf den einseitigen Getreidebau angewiesen und können sich mehr als früher der Erzeugung animalischer Nahrungsmittel und dem intensiveren Wirtschaftsbetriebe zuwenden. Nur die Agrarpartei ist mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung nicht zufrieden. Sie möchte sie zu Restriktionen benutzen. Es soll dies, wie man auspricht, nicht durch eine Erhöhung der Eisenbahnfrachten für ausländisches Getreide geschehen. Man will sich vielmehr mit der Gewährung gleich niedriger Frachten begnügen, wie sie dem internationalen und großen Frachtverkehr bereits gewährt werden, da, wie man meint, gegen diese Begünstigung die Konkurrenten nichts einzuhindern hätten. Aber auch die Eisenbahn-Interessenten nicht? Auch dafür weiß man Rath. Man plaidirt für Reichseisenbahnen und hofft die Ausfälle des Eisenbahnbetriebes aus dem großen Topfe der Reichs-Steuerfasse weniger in die Augen springend gedeckt zu sehen. Daß man mit solchen Forderungen auf Staatshilfe nur den Schätzönlern und Sozialdemokraten die Wege ebnen wird, wird freilich übersehen. Jene fordern Vertheuerungszölle auf Kosten der Konkurrenten, diese landwirtschaftliche Produktiv-Association u. s. w. im Wege der Staatshilfe. „Wir haben das Recht und die Pflicht zu fordern“, sagte der Reichstag-Abgeordnete Hahemann noch fürzlich, „daß die Arbeiter nicht verdammt sind, von dem ihnen heutzutage gebotenen fälligen Tagelohn zu leben, während alles Übrige in die Taschen der Grundbesitzer und Fabrikanten fließt.“ — Die Idee der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich entspringt so vollständig aus dem sozial-demokratischen Grundsatz des Staats-eigenthums; man wird sich dem nicht entziehen können, dasselbe bei dem Grund und Boden durchzuführen u. s. w.

Wenn nun auch die Bestrebungen der Sozialdemokraten Aussicht auf positive Erfolge nicht haben, so ist es, wie die Erfahrung beweist, nicht leicht, die endliche Aufhebung der einmal bestehenden Schatzöle durchzuführen. Nur den vereinten Bestrebungen aller Beteiligten mag dies gelingen. Auch sind die Grundbesitzer und Landwirthe der Ostprovinzen in erster Linie an diese Reform des Zolltariffs interessirt. Indem die Agrarpartei jedoch, und nicht ohne Erfolg, einen Keil in die wenigsten in Westpreußen bisher gemeinsamen Bestrebungen der Landwirthe treibt, trägt sie — trotz der zur Schau getragenen und mehr und minder auch ernstlich gemeinten freiändlerischen Richtung — erheblich dazu bei, die noch bestehenden Vertheuerungszölle, sowiel an ihr, zum Schaden ihrer Gewerbsgenossen und der Gesamtheit zu konterbiren.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Bözen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

Scheveningen, 3. Juli. Ihre E. E. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen haben heute der Stadt Leyden einen Besuch abgestattet.

Nom, 4. Juli. Die Gültigkeit des bestehenden österreichisch-italienischen Handelsvertrags ist bis zum 1. Juli 1877 verlängert worden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß der neu abzuschließende Handelsvertrag eventuell schon vor Ablauf dieser Frist zur Anwendung gelangt.

London, 4. Juli. Die „Times“ veröffentlicht den Wortlaut des von den drei Kaisermächten in Berlin vereinbarten Memorandums. Derselbe stimmt im Ganzen mit den bereits bekannten Angaben über dessen Inhalt überein. Lord Russel macht in einer Buzchrift auf den am 6. Juli 1877 zwischen England, Russland und Frankreich zum Schutze der Unabhängigkeit Griechenlands geschlossenen Vertrag aufmerksam und empfiehlt den Abschluß eines ähnlichen Vertrages zum Schutze der Unabhängigkeit Serbiens. — In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiederte der Unterstaatssekretär Bourke auf eine Anfrage des Deputierten Spinks, Rumänien habe der Regierung die Erhöhung seiner Eingangszölle angezeigt, England sei deshalb mit den übrigen Mächten in einen Meinungsaustausch getreten, die Regierung werde zur Wahrung der englischen Interessen thun, was in ihren Kräften stehe. Auf eine Anfrage Wolff's erklärte

Bourke über die am rothen Meer gehandhabte Quarantäneordnung seien sehr zahlreiche Klagen eingegangen, er könne nicht behaupten, daß dieselbe zum Schutz des Sklavenhandels eingeführt sei, gebe aber zu, daß dieselbe sehr störend und nachteilig sei. Die Regierung habe der egyptischen Regierung deshalb Vorstellungen gemacht.

Brest, 5. Juli. Das Amtsblatt veröffentlicht einen energischen Erlass des Ministers des Innern an die Behörden, worin er dieselben unter strenger persönlicher Verantwortung anweist, jede Art von Untrieben gegen den mit Österreich im Frieden lebenden türkischen Staat aufs Entzweidste hintanzuhalten und nach den Gesetzen zu bestrafen.

Paris, 5. Juli. Die Regierung untersagte die Aushebung von Freiwilligen, ferner die Sammlung von Unterstützungen für Serbien.

Versailles, 4. Juli. [Deputirtenkammer.] Marcou (radikal) beantragt, die Urheber und Mitschuldigen des Staatsstreichs vom 2. Dezember 1851 in Anklagestand zu versetzen. Die Bonapartisten verlangen Dringlichkeit, welche mit großer Majorität angenommen wird. Der Bonapartist Dufour beantragt die Mitschuldigen der Revolution vom 4. September 1870 in Anklagestand zu versetzen und der Bonapartist Mitchel beantragt ein Gleches hinsichtlich der 8 Millionen Wähler, welche das Plebiscit votirten und dem Kaiserreich den Eid leisteten. Choiseul (Republikaner) erklärt, das System der Bonapartisten bringe die parlamentarische Ordnung in Misskredit und beantragt Dringlichkeit für den Antrag Mitchel, welche mit großer Majorität angenommen wird. Choiseul beantragt Vorfrage, welche mit 362 gegen 372 Stimmen angenommen wird.

Toulon, 5. Juli. Die erste Division des Mittelmeergeschwaders ist heute nach Tunis abgegangen.

Konstantinopel, 5. Juli. Der Fürst von Montenegro hat das vor acht Tagen an ihn gerichtete Telegramm des Großvoziers telegraphisch durch die von vorgestern datirte Kriegserklärung beantwortet. Der Fürst dankt für die Anerkennung seiner loyalen Haltung, erklärt aber die Zusicherungen der Pforte nicht annehmen zu können. Die Pforte sei durch die läugnhaften Berichte ihrer Agenten getäuscht, die Blockade bestehet faktisch. Die türkischen Truppen an der montenegrinischen Grenze seien jetztzeitig vermehrt worden, er habe mit Mühe, den Rat der Mächte befolgend, die Unterthanen von der Belagerung an der Insurrektion abzuhalten und die Pazifikation unterstützt; doch sche das Volk ein, die Pforte sei nicht im Stande, den Kampf zu beenden; er selbst billige diese Ansicht und ziehe vor, offen den Krieg zu erklären.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Still. Abwartend. Sehr geringes Geschäft. [Schlußurteil.] Londoner Wechsel 204, 80. Pariser Wechsel 80, 97. Wiener Wechsel 159, 50. Böhmisches Postbahn 144 1/4. Elisabethbahn 118 1/4. Galizier 159 1/2. Franzosen\* 212. Lombarden\* 61 1/4. Nordwestbahn 102 1/2. Silberrente 54 1/2. Papierrente 51 1/2. Russ. Bodencredit 82 1/2. Russen 1872 87 1/4. Amerikaner 1885 102%. 1860er Loos 245, 00. Kreditaktien\* 110%. Österl. Nationalbank 672, 00. Darmst. Bank 101 1/4. Berliner Bankverein 83 1/2. Frankfurter Wechslerbank 78%. Ost. Bank 91. Meiningen Bank 76. Hess. Ludwigsbahn 97 1/2. Oberhessen 72 1/2. Ung. Staatsloose 137, 00. Una. Schwaben, alt 77 1/2. do. neue 74 1/2. do. Ostb. Ob. II. — Centr. Pacific 93 1/2. Reichsbank 153 1/2.

\* per medio resp. per ultimo.

## Produkten-Börse.

Berlin. 4. Juli. Wind: N. Barometer: 28. Thermometer: + 18° R. Witterung: bewölkt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 200–240 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 203–204,50 bz., Juli-August 203–201,50 bz., August-Sept. 207–206 bz., Sept.-Okt. 209–206,50 bz., Okt.-Nov. 210–208,50 bz. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 152–180 nach Dual. gef., russ. 153–156,50 ab Bahn bz., per diesen Monat 155,50–153,50 bz., Juli-August do., Aug.-Sept. —, Sept.-Okt. 159–157,50 bz., Okt.-Nov. 160–158,50 bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 152–189 nach Dual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 155–198 nach Dual. gef., ost. u. westl. 175–184, russ. 165–182, schwed. 177–192, pomm. u. meissl. 188 bis 192 ab Bahn bz., per diesen Monat 169–168 bz., Juli-Aug. 161 bz., August-Sept. —, Sept.-Okt. 185 bz., Okt.-Nov. —. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 191–225 nach Dual. Futterwaare 178–190 nach Dual. — Leinöl per 100 Kilogr. ohne Fass — M. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fass 64 bz., mit Fass per diesen Monat 63,5 bz., Juli-August 63,5 bz., Sept.-Okt. 63,8–63,5 bz., Okt.-Nov. 64,4 bz., Nov.-Dez. 64 bz. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fass loko 30,5 bz., per diesen Monat —, August-Sept. 27,3 bz., Sept.-Okt. 27,5 bz., Okt.-Nov. —, Nov.-Dez. —. — Spiritus per 1000 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loko ohne Fass 49,3 bz., per diesen Monat —, loko mit Fass per diesen Monat 48,4–49 bz., Juli-August do., August-Sept. 49,4–50 bz., Sept.-Okt. 49,4–50,3 bz., Okt.-Nov. 49–49,5 bz. — Mehl. Weizengemehl Nr. 0 29,50 28,50, Nr. 0 u. 1 27–26 Mt. Roggenmehl Nr. 0 25,50–24, Nr. 0 u. 1 23,75 bis 21,75 per 100 Kilogr. Brutto in fl. Sac, per diesen Monat 23,20–10 bz., Juli-August 22,85–80 bz., August-Sept. 22,70–65 bz., Sept.-Okt. 22,70–60 bz., Okt.-Nov. —. (B. u. H.-B.)

Breslau. 4. Juli. [Amtlicher Produktions-Bericht.] — Roggen (per 2000 Pfd.) spätere Monate behauptet, gefüllt 300 Ctr., abgel. Kündigungsscheine —, per Juli 153,50–153 bz. u. G., Juli-August 153 bz. u. G., August-Sept. —, Sept.-Okt. 158,50–59–8,50 bz. u. G., Okt.-Nov. 159 bz., Nov.-Dez. —. — Weizen 197 B., gef. — Etr., per Sept.-Okt. 196 B. — Gerste —. — Hafer 182 B.

Berlin. 4. Juli. Die Spekulation war in Folge der zum Theil widersprechenden Nachrichten von den Kämpfen zwischen Serben und Türken, welche im Ganzen wenig Glauben fanden, unentschieden und abwartend. Die Kurve der bevorzugten Effekten stellte sich kleinig-

Händl. u. Auktien-Börse. Pomm. III. rg. 100 5 100,25 bz  
Berlin, den 4. Juli 1876. Pr. B. & Br. fd. 5 99,90 G  
Preußische Bonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe 4 104,60 bz  
Staats-Anleihe 4 98,25 bz  
Staats-Schildch. 3 97,00 bz  
Kur. u. Am. Sch. 3 90,50 bz  
Ost. -Döbl.-Obl. 4 100,75 bz B  
Berl. Stadt-Obl. 4 102,50 bz B  
do. do. 3 93,50 bz G  
Görl. Stadt-Anl. 4 94,00 G  
Rheinprovinz do. 4 100,10 G  
Schles. Bod.-Gred. 5 100,10 G  
do. do. 4 94,00 G  
Stett. Nat.-Hyp 5 101,00 G  
do. do. 4 98,00 bz  
Kruppsche Oblig. 5 102,00 B

Ausländische Bonds.

Umerl. rdg. 1881 6 105,20 bz G  
do. do. 1885 6 100,50 bz G

do. Bds. (fund.) 5

do. neue 3 84,50 G

do. 4 95,50 G

do. neue 4 103,00 bz B

Landes. Central 4 95,50 bz B

Kur. u. Neumärk. 3 85,00 bz G

do. neue 3 84,50 G

Norwegen. Antl. 4 102,50 bz

New-Yrk. Std-A 7 102,30 bz G

do. Goldani 6

St. Brandbg. Gred. 4 95,50 bz

Ostpreußische 3 85,75 bz

do. 4 95,25 bz G

Pommersche 3 82,25 bz

do. 4 95,20 bz G

do. 4 102,90 bz

Potsd. neue 4 94,90 bz G

Sächsische 3 83,75 bz

do. 4 96,00 G

do. 4 101,75 bz

do. II. Serie 5 106,70 bz

do. neue 4 101,30 bz

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4 97,00 bz

Pommersche 4 96,75 G

Potsd. 4 96,40 bz G

Prenzl. 4 96,75 G

Rhein. u. Westfäl. 4 97,25 bz

Sächsische 4 96,50 G

Schlesische 4 97,00 bz

Gouverneurs-

Napoleonsd'or 16,16 bz

do. 500 Gr. 4,18 G

Dollars 16,66 bz

Imperialis 1392,50 G

do. 500 Gr.

Fremde Banknot.

do. einzögl. Leipz.

Frankj. Banknot. 81,05 bz B

Deff. Banknot. 160,50 bz

do. Silbergulden 163,00 bz G

do. St. Abth. Noten 264,90 bz

Deutsche Bonds.

P. A. v. 55,40 100th 3 131,00 bz G

do. 109 fl. 1 M. 168,10 bz

H. Prich. a 40th. 248,00 B

Bd. Pr. A. v. 67 4 117,00 bz G

do. 134,50 53 G

Bair. Präm.-Antl. 4 121,00 B

Prifch. 20th. L. 82,75 B

Bren. Antl. v. 1874 4 102,25 G

G. Pr. A. v. 107,40 B

Petersb. 100 R. 3 B. 263,00 bz

Deff. St. Pr. Antl. 3 115,50 B

Goh. Pr. Pfdr. 5 109,00 bz

do. II. Abth. 5 106,50 bz

do. 3 171,40 bz

H. Pr. A. v. 1866 3 170,50 bz

Ehbed. Pr. Antl. 3 109,50 bz

Mell. Eisenb. 3 89,60 bz

Meintinger Zoot. 18,75 bz

do. Pr. Pfdr. 4 102,40 bz

Oberburg. Zoot. 123,00 bz

D.G. G. B. P. 110 5 101,50 bz

do. do. 4 95,50 bz G

Dtsch. Hypoth. unk. 5 101,00 bz G

do. do. 4 95,75 bz G

Mein. Hyp. Pfd. 5 100,00 G

Medd. Gred. H. A. 5 101,00 bz

do. Hyp. Pfd. 5 101,50 bz

Comm. H. B. 120 5 105,00 G

IV. rade. H. 110 5 102,00 bz G

Breslauer Disc. B. 4 62,00 bz G

do. 100,00 G